

# **Gemeinsam für Deutschland in Karlsruhe am 26. April 2025**

## **Teil 2 Die Definition eines neuen politischen Spektrums**

Karlsruher Netzwerk gegen Rechts  
[ka-gegen-rechts.de/dossiers](http://ka-gegen-rechts.de/dossiers) (Dossier 193b)

**Dieser Teil 2 schließt ohne Vorbemerkungen  
oder Zusammenfassungen an seinen Teil 1 an.**

**Hier ist der Link:  
[www.ka-gegen-rechts.de/dossiers](http://www.ka-gegen-rechts.de/dossiers)**

**Teil 1 hat die Nummer 193a**

Reutlingen, 6. April 2025 – In Reaktion auf aktuelle Medienberichte stellt die Bürgerbewegung „Gemeinsam für Deutschland“ (GfD) klar, dass es sich bei der für den 26. April angemeldeten Demonstration in Reutlingen nicht um eine rechtsextreme Veranstaltung handelt. GfD distanziert sich ausdrücklich von jeglicher Form von Extremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt.

Die Bewegung versteht sich als überparteiliche und friedliche Plattform für gesellschaftlichen Dialog. Sie entstand Anfang des Jahres 2025 aus dem Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger, politische Entscheidungen kritisch zu hinterfragen und zentrale Themen wie Meinungsfreiheit, gesellschaftliche Spaltung, Grenzsicherung oder Waffenlieferungen offen zu diskutieren – fernab parteipolitischer Interessen.

„Gemeinsam für Deutschland“ ist aus einer Initiative in den sozialen Medien entstanden. Innerhalb weniger Wochen wurde aus einem simplen Aufruf eine bundesweite Bewegung. Inzwischen finden in allen 16 Bundesländern Demonstrationen statt – organisiert von engagierten Bürgern mit verschiedensten beruflichen und sozialen Hintergründen. Der Zulauf zeigt: Viele Menschen wünschen sich wieder mehr Mitbestimmung, Sachdebatten und einen offenen Meinungsaustausch.

GfD steht für friedlichen Protest und demokratische Werte. Einzelne Personen, die sich nicht mit diesen Grundsätzen identifizieren, sind bei unseren Veranstaltungen nicht willkommen. Wir arbeiten aktiv daran, extreme Strömungen auszuschließen – und dulden keine Instrumentalisierung unserer Bewegung.

Pressemitteilung der Presse-  
sprecherin von Gemeinsam  
für Deutschland (GfD).

„Wir arbeiten aktiv daran,  
extreme Strömungen aus-  
zuschließen“.

Was bedeutet, dass jene  
bislang noch nicht bzw.  
noch nicht ausreichend  
ausgeschlossen worden  
waren.

Quelle: [grossdemo-deutschland.de](http://grossdemo-deutschland.de)

Die Kundgebungsreihe *Gemeinsam für Deutschland* hat das ambitionierte Ziel, mittels einer Art politischen Franchisings eine Sammelbewegung zu werden. Dabei gibt *Gemeinsam für Deutschland* den Rahmen in Form eines Pools von Slogans vor, aus denen bereits bestehende Gruppen und Initiativen dann auswählen können und Demos vor Ort veranstalten. Es gibt nur wenige interne Auflagen: Die Demos müssen „parteilos“ ablaufen, also ohne Fahnen oder Banner von Parteien oder Verbänden – und RednerInnen dürfen nur für sich selbst sprechen. Ferner wolle man (in Kleidung oder Handlung) als Rechtsradikale sich outende Personen von den Demos ausschließen, notfalls mit Hilfe der Polizei.

Das Selbstverständnis der Kundgebungsreihe *Gemeinsam für Deutschland* richtet sich gegen die Altparteien, die spätestens seit den Grenzöffnungen 2014 durch Angela Merkel eine Einheitspartei bilden würden, flankiert von einer „Propagandaschine Medien“. Diese Einheitspartei würde gegen das Volk regieren und zum Machterhalt Zwietracht sähen ('divide et impera') und das Volk spalten.

Innerparlamentarisch rettend eingreifen könnte da nur die AfD. Wegen der aktuellen Verweigerungshaltung der anderen Parteien aber auch nur dann, wenn sie mit absoluter Mehrheit in einem Parlament vertreten sei: Dann hätte man eine Regierung, die für das Volk regieren würde. (Vergleiche TikTok-Kanal der Kundgebungsreihe in Teil 1 auf Seite 5). Außerparlamentarisch möchte die Sammelbewegung *Gemeinsam für Deutschland* über die Straßen ein Umdenken in Deutschland erreichen: Es gelte, die verschiedenen "Spaltungen" zu überwinden und sich als (ehemals „stolze“) Volk wieder zusammenzuraufen, damit Wahlen wieder 'echte' Wahlen sein würden.

Das Ziel von *Gemeinsam für Deutschland* ist kein Systemwechsel, sondern man wolle erreichen, „dass die Zustände in diesem Land wieder erträglich werden“. Damit ist insbesondere eine veränderte ('harte') Asylpolitik gemeint, aber auch eine neue (un-Grüne) Klimapolitik und eine neue (ukraineskeptische) Friedenspolitik. „Diverse“ Menschen und Menschen mit „Migrationshintergrund“ werden jedoch explizit zu Mitmachen aufgefordert. Die Einladungen münden schließlich in das Angebot zu einer Art Querfront Light – exklusiv linksradikal & rechtsradikal.



Initiator und BundesOrga-Chef von *Gemeinsam für Deutschland* „Dennis“ am 31.03.2025 in seinem TikTok-Kanal :

Dieses Land ist tief gespalten: Zwischen Ost und West, zwischen Arbeitern und Leistungsempfängern, zwischen Links und Rechts. Wir sind ein tief gespaltenes Land. Und so lange, wie wir so gespalten sind, werden wir es nicht schaffen, irgendwas zu verändern. Gespalten haben uns die Politik und die Propagandaschine Medien. Sie schaffen es, die Massen wirklich davon zu überzeugen, dass das, was sie sagen, richtig ist. Und das tun sie, weil nur ein gespaltenes Land nicht in der Lage ist, einen Souverän zu schaffen, was es aber sein müsste, um eine Regierung von der Macht zu entheben. Es wird Zeit, der Regierung und allen Politikern, egal auf welcher Ebene zu zeigen, dass wir nicht mehr gewillt sind, alles hinzunehmen. Und, nein: Wir schaffen es nicht. Wir sind längst an einem

Punkt, wo wir kapituliert haben als Volk. Die Deutschen waren einmal ein sehr stolzes Volk .. und ich rede jetzt nicht von einer Epoche, die hier immer reingezogen wird. Wir waren schon als Germanen ein sehr gefürchtes Volk. Mittlerweile lacht die Welt über uns – und das zurecht. Wir möchten einfach, dass die Zustände in unserem Land wieder erträglich werden. Deswegen rufe ich jeden auf ... und es ist mir egal, welche politische Ausrichtung du hast, ob du divers bist, ob du einen Migrationshintergrund hast, es ist egal. Es ist uns egal. Wir laden auch die Antifa recht herzlich ein. Schließt euch doch an, sprecht doch mit uns. Warum rennt ihr diesem Medienapparat hinterher? In vielen Städten, etwa in Münster, distanziert ihr euch mittlerweile von euren Schwarzen Blöcken – so wie auch wir uns von unseren Schwarzen Blöcken distanzieren. Ihr spechtet euch gegen Linksradikalismus aus, und wir gegen Rechtsradikalismus. Es gibt mehrere Widerstandsbewegungen, aus mehreren Epochen, warum gehen wir nicht aufeinander zu und als Beispiel gegen Spaltung voran und reichen uns die Hände? Wir müssen keine Freunde werden, aber wir haben einen gemeinsamen Feind. Den müssen wir bekämpfen, nicht uns gegenseitig. Aber genau das ist das Ziel der Regierung: Die Spaltung voranzutreiben.

Am 5. April 2025 ergänzte "Dennis" auf *TikTok* in seinem Kanal *dasoriginal4* in einem Video des Titels: "Wir brauchen Euch":

Der Chef des Bampf, Hans-Eckhard Sommer, fordert ein sofortiges Umdenken in der Asylpolitik. Die Polizeigewerkschaft fordert das schon seit Wochen und sagt: „Wir müssen die Grenzen sichern“. Nur die Politik, diese Regierung will das nicht. Auch der Wählerwille [bei der letzten Bundestagswahl] war ganz eindeutig: CDU/CSU [mit einer vor der Wahl versprochenen radikalen Wende in der Asylpolitik] 29%, die AfD 21% und die BSW hat fast 5% erreicht. Damit ist die Mehrheit gegeben. Ich finde es nun merkwürdig, wenn wir [von Gemeinsam für Deutschland] auf die Straßen gehen und diese Forderungen stellen, dann sind wir Rechtsradikale. Aber wenn der Sommer oder die Polizeigewerkschaft das sagt, dann sind die nicht rechts. Da wird doch mit zweierlei Maß gemessen. Und wer jetzt noch nicht begriffen hat, dass Medien gesteuert sind, um uns [von Gemeinsam für Deutschland] kleinzuhalten und die Bürger fernzuhalten von unseren Demos, dem kannst du doch nicht mehr helfen. Es hat doch Jahrzehntelang wunderbar funktioniert mit der Integration. Erst seit 2015 werden wir hier maßlos überfordert. Menschen zu helfen, die vor Krieg flüchten, das ist moralisch völlig vertretbar. Und ich glaube, jeder denkt so. Aber wir können nicht alle aufnehmen. Irgendwann ist auch unsere Kapazität einmal beendet. [Und] nur weil wir sichere Grenzen fordern, heißt das doch nicht, dass wir keinen mehr aufnehmen wollen. Wir wollen nur wissen, wer hier ist, dass wir keinen mehr unkontrolliert aufnehmen. Und dass es auch eingedämmt wird. Wer kein Recht auf Asyl hat, der hat kein Recht auf Asyl. [Und] dieses Billionen-Schuldenpaket ist erst der Anfang. Wir wollen das nicht. Wir wollen nicht, dass unsere Kinder und Enkel dann ewig dran zahlen müssen. Die nächsten Steuererhöhungen werden kommen und es werden so viele Menschen kotzen.

## Unterschiedliche Erwartungshaltungen an den Zweiten Aktionstag am 26. April 2025

Am 22. März 2025 war der erste bundesweite Aktionstag der Bewegung *Gemeinsam für Deutschland* gewesen. Es dürften insgesamt etwa 15.000 Personen teilgenommen haben. „Dennis“, das einzige Sprachrohr der Bewegung, war im Kern zufrieden gewesen. Man sei stolz über die „20 Orgas“, die am 22. März 2025 bundesweit insgesamt „25.000 Menschen“ mobilisiert hätten. Am 26. April 2025 würde man bundesweit mit „50.000“ rechnen ... Zwei zentrale Aspekte des Verlaufs des Ersten Aktionstages wurden allerdings als negativ bewertet: Personen, die im Namen der AfD eine Rede gehalten hatten, und der Nichtausschluss von Personen, die „eindeutig der Rechten Szene zuzuordnen“ gewesen waren.



Es sind Fehler unterlaufen, die wir im Nachgang besser machen werden. Das heißt, am 26. April wird es anders laufen. Wir werden keine Redner der AfD mehr zulassen. Das ist in München leider passiert, da war die Kommunikation im Vorfeld etwas schwierig. Die Teams werden künftig darauf achten, dass wenn wir sagen 'parteilos', dann bleibt es parteilos. Wir hatte Vorkommnisse in Frankfurt, wo sich junge Erwachsenengruppen angeschlossen haben, die eindeutig der Rechten Szene zuzuordnen sind. Auch hier wird es künftig mehr Ordner geben, um künftig das auszuschließen und dann auch von der Polizei notfalls einen Platzverweis aussprechen zu lassen. Denn auch davon distanzieren wir uns ganz klar.

Quelle: TikTok-Kanal dasoriginal4 dennis79

Die bürgerliche Presse und diverse antifaschistische Gruppen hatten allerdings eine deutlich andere Erwartungshaltung an jenen kommenden Zweiten Aktionstag.



**oat\_karlsruhe** Wir haben uns im heutigen OAT bereits für den kommenden Naziaufmarsch in Karlsruhe vorbereitet.

Ob Karlsruhe, Reutlingen, Balingen, München oder Nürnberg: Den Nazis keinen Meter!

**SÜDWEST PRESSE** **Mehrere tausend Teilnehmer befürchtet** 04. April 2025  
**Rechtsextreme Großdemo in Reutlingen angemeldet**

Die Stadt soll am 26. April Zielort einer Demo-Reihe werden, die unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“ bundesweit stattfindet.



[Newswire](#) [Aktiv werden!](#) [Termine](#) [Hintergründe](#) [Praxistipps](#)

## **Neue Neonazis und die Demonstration am 22. März 2025**

Am 22. März 2025 wurde auf den Straßen Stuttgarts sichtbar, dass auch in Baden-Württemberg eine neue junge Generation von Neonazis existiert. Das „Antifaschistische Dokumentations- und Informations-Zentrum Baden-Württemberg“ (ADIZ BaWü) ordnet diese Entwicklung allgemein und speziell die Demonstration in Stuttgart ein.

Insgesamt gingen etwa 1.500 extreme Rechte und Reaktionäre in Stuttgart auf die Straße. Die Beteiligten waren aber nicht nur Neofaschisten/Neonazis, sondern stammten vor allem aus dem noch aktivierbaren rechtsradikalierten Rest der Pandemie-Leugner\*innen. Vertreten waren aber auch AfD-Mitglieder und -Fans. In der Symbolik kam es dadurch zu einer seltsamen Mischnung. Sie reichte von der blauen PACE-Fahne bis zum Reichsadler.

Versammlungsteilnehmer waren Ralf Behr und Andreas R.. Als Mitorganisatorinnen fungierten die Gruppen „Baden-Württemberg steht auf“ und „Politik und Medien Hand in Hand – Das schadet unserem Land“, die dem Milieu der Corona-Proteste entstammen. Von ihnen stammte auch die Infrastruktur. Neben Ralf Behr und Andreas R. sprach zu Demo-Beginn auch eine Astrid. In den Redebeiträgen beschwore man die Demokratie („Wir sind Demokraten.“), distanzierte sich formal von Gewalt, Antisemitismus und ‚Extremismus‘ und lobte den Querdenken-Chef Michael Ballweg. Außerdem sprach man sich gegen die Schuldenbremse und gegen Spaltung aus.

Die eher wutbürgerlichen Inhalte dürften nicht so ganz nach dem Geschmack der antibürgerlichen Neonazis gewesen sein. Denn diese waren auch da und nutzen die Demonstration als Präsentations-, Rekrutierungs- und Vernetzungs-Ort. Folgende klassische neonazistische / neofaschistische Gruppen bzw. Gliederungen größerer Gruppen konnten wir vor Ort oder über ihre Social-Media-Berichte identifizieren:

Die Neonazi-Kleinstpartei „Der. III. Weg“ und ihre Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ mit 15 bis 20 Personen // „Stör-Trupp South“ und „Der Störtrupp Stuttgart“ mit etwa 30 Personen // Die Neonazi-Kleinstpartei „Die Heimat“ und ihre Jugendorganisation „Junge Nationalisten“, u.a. in Form ihrer Landesvorsitzenden Marina Djonovic und Sebastian Thalheimer // „Revolte Pforzheim“ // „Unitas Germanica Baden-Württemberg“ // „Zollern-Jugend aktiv“, mit starken Überschneidungen zu den „Jungen Nationalisten“

Diese Divergenz in der Erwartungshaltung zum Zweiten Aktionstag lässt sich vielleicht treffend fassen anhand eines Liedes der Band *PartyPatrioten*, das anlässlich der Mobilisierung zum Zweiten Aktionstag im *TikTok*-Kanal von „Dennis“ mit dem Verweis „Save the Date“ gepostet worden war.

Die Band veröffentlicht seit 2024, ihre Musik gilt nach eigenen Angaben als Schlager und ist bei den herkömmlichen Soundanbietern wie Spotify, Apple Music oder Amazon erhältlich. Das Lied beginnt mit: „Ich bin kein Nazi, ich bin Patriot“.



Ich bin kein Nazi, ich bin Patriot, du Idiot.  
Ich lieb' mein Land, meine Heimat, sichere Zukunft, sicheres Freibad.  
Ein Besuch auf dem Weihnachtsmarkt ohne Hauch von einem Attentat.  
Ich lieb' mein Land und seine Erhaltung und keine Gruppenvergewaltigung.  
Warum reimt sich ‚Rollfeld‘ auf Bürgergeld?  
Weil Abflug für den, der sich nicht an Regeln hält.  
Jetzt sag' mir nicht, was ich zu tun und lassen hab',  
ich habe diese Zensur sowas von satt.  
Ich spreche an, was mich in meinem Land stört,  
Meinungsfreiheit, habt ich bestimmt schonmal gehört.  
Kümmert euch erstmal um das deutsche Volk,  
ehe ihr wieder die halbe Welt retten wollt.  
Meine Heimat, mein Land, und meine Kultur.  
Es ist Fünf vor Zwölf, Deutschland, schau' auf die Uhr.

Weitere (nicht von „Dennis“ in seinem *TikTok*-Kanal gepostete) Lieder der *PartyPatrioten*:

**Deutsche Patrioten:** „Deutschland ganz nach oben. Treue wir geloben, zurück zu alter Stärke.  
Bringt zurück die deutschen Werte“

**BlauBlauBlau:** „Mehr BlauBlauBlau statt BlaBlaBla,  
und Deutschland geht es wieder wunderbar.  
Ei-Ei-Ei, wen ham wir da? Die Altparteien und ihr BlaBlaBla.  
Deutschland das, was es mal war ... auf, AfD, kommt macht es wahr“.

**Nationalstolz ist doch  
kein Verbrechen:** „..Wir nehmen Traditionen wieder auf. Ihr wisst nicht, wie ich's feier',  
Deutschland zeigt endlich wieder Eier“.

**Dumm wie ein Brot:** „Wenn du schlau bist, wählst du Blau. Und wenn du dumm bist wie ein Brot,  
dann Schwarz, Grün oder Rot“.

**Blaues Wunder:** „Lasst uns alle verbünden und die AfD-Rakete zünden.  
Lassen wir es krachen, Deutschland muss erwachen“.

**Es gibt nur Er und Sie:** „Scheiß' mal auf deine Pronomen, ich geh' mir Alkohol holen.  
Lass mir bloß meine Ruh' mit diesem blöden LTGBQ.  
Es gibt nur Er und Sie und Sie und Er, und Er und Er und Sie und Sie,  
und vielleicht ein bisschen Bi“.

Nach dem vielzitierten „Linksruck der CDU“ unter Merkel seit 2014 beanspruchen die Band PartyPatrioten und die mit jenen werbende Kundgebungsreihe *Ge-meinsam für Deutschland* in deren Sichtweise folgerichtig, dass auch der rechte Rand nach links eingerückt sei und Haltungen, die vor zehn Jahren noch als rechtsextrem galten, nunmehr als nur-noch-rechts proklamiert werden könnten.

Zum Vergleich ein Artikel von *t-online* vom 6. April 2025 zum Thema Migration, der vor zehn Jahren einen Skandal ausgelöst hätte, heute aber eine veränderte Realität zeichnet, in welcher die Kategorie *Rechtsextrem* als nicht mehr klar zu definieren und noch schwerer zu kommunizieren erscheint.

"Das sind einfach zu viele" 06.04.2025

## **t-online. Landkreistag will keine Bürgerkriegsflüchtlinge aufnehmen**

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat für einen generellen Aufnahmestopp von Migranten aus Kriegs- und Krisengebieten plädiert. "Wir stellen letztlich infrage, ob wir Bürgerkriegsflüchtlinge überhaupt aufnehmen müssen, oder ob diese Menschen nicht besser in angrenzenden Bereichen der Krisenregionen verbleiben sollten", sagte DLT-Präsident Achim Brötel (CDU) der "Neuen Osnabrücker Zeitung". Auch die Politiker in Berlin müssten "die Augen öffnen und sehen, dass wir nicht mehr grenzenlos weitere Flüchtlinge aufnehmen und vor allem auch integrieren können". Die Welt sei eine andere als 2015, sagte der Präsident des kommunalen Spitzenverbands mit Bezug auf die damalige Flüchtlingskrise. Vor zehn Jahren habe es eine bewundernswerte ehrenamtliche Hilfsbereitschaft gegeben. Damals habe es aber auch noch nicht "die gewaltigen Probleme in den Schulen, auf dem Arbeitsmarkt, und mit dem Anstieg der auch zumindest teilweise auf ein anderes Frauenbild zurückzuführenden sexuellen Kriminalität" gegeben.

Allein in den vergangenen zehn Jahren seien vier Millionen Menschen mehr nach Deutschland gekommen. "Das sind einfach zu viele", stellte Brötel fest. Der DLT-Präsident appellierte in diesem Zusammenhang an CDU und SPD, die von CDU-Chef Friedrich Merz angekündigte Migrationswende zügig anzupacken, insbesondere mit Blick auf die mögliche Stärkung antidemokratischer Kräfte.

"Wir müssen uns die Kontrolle rasch zurückholen, sonst wählen immer mehr Menschen antidemokratische und radikale Kräfte wie die AfD", warnte Brötel. "Wir müssen alles tun, um irreguläre Migration zu bekämpfen, und dazu gehört es, Menschen notfalls auch an den Grenzen zu stoppen."

Überdies erwarte er von der künftigen Bundesregierung, "dass sie dafür sorgt, dass Flüchtlinge innerhalb der EU gerechter verteilt" würden, sagte Brötel weiter. Als weitere Maßnahmen neben den Grenzschießungen nannte er "die Kürzung von Zuwendungen" für diejenigen, deren Asylanträge abgelehnt worden seien. Dies gehöre "ganz oben auf die Agenda der künftigen Regierung".

Der t-online-Artikel über den Deutschen Landkreistag erschien zu einer Phase, da die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD nach der Bundestagswahl im Februar 2025 immer holpriger wurden und es immer mehr schien, dass die CDU den um-fassenden „Politikwechsel“ hinsichtlich Migration und Wirtschaft, den sie vor der Wahl versprochen hatte, wohl nicht würde durchsetzen können. In dieser Phase erfuhr die AfD in einer am 6. April 2025 veröffentlichten Insa-Umfrage starken Zuspruch und konnte mit der CDU auf 24% gleichziehen.

*Neue Zürcher Zeitung*

## AfD laut Umfrage erstmals gleichauf mit der Union – woran liegt das?

05.04.2025

Im jüngsten Sonntagstrend des Meinungsforschungsinstituts Insa liegt die AfD erstmals gleichauf mit der Union. Ein historischer Tiefschlag. Seit der Bundestagswahl am 23. Februar hat die Union somit insgesamt 4 Prozentpunkte verloren, während die AfD exakt diesen Zuwachs verzeichnet. Die Grünen verlieren in derselben Insa-Umfrage leicht an Zustimmung und erreichen jetzt 11 Prozent, während die Linke um einen Prozentpunkt auf 11 Prozent zulegt. BSW und FDP liegen jeweils bei 4 Prozent.

Die AfD-Co-Vorsitzende Alice Weidel äusserte sich am Samstag auf ihren Social-Media-Kanälen zu dem Ergebnis: «Die Bürger wollen keine weitere Linksregierung, in der sich CDU/CSU die Politik von SPD und Grünen diktieren lassen.» Es sei Zeit für eine «bürgerliche Politikwende», so Weidel. Laut Insa-Chef Hermann Binkert gibt es einen Grund, dass gerade die Konservativen so stark abrutschen: Viele Wähler gewinnen zunehmend den Eindruck, dass die Union sich in den bisherigen Koalitionsverhandlungen mit der SPD kaum habe durchsetzen können.

Noch stecken die Arbeitsgruppen in den Koalitionsverhandlungen, [und deren] vorläufige Ergebnisse enttäuschen viele Union-Wähler. Ein Beispiel für den Eindruck von Schwäche liefert die Arbeitsgruppe Migration und Inneres: «Wir werden in Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn Zurückweisungen an den gemeinsamen Grenzen auch bei Asylgesuchen vornehmen.» Dies greift [zwar] ein zentrales Wahlversprechen von Merz auf – die Zurückweisung von Migranten mit Asylgesuchen durch die Bundespolizei. Doch die SPD [erwirkte] die Einschränkung «in Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn», was eine Fortsetzung des bisherigen Migrationskurses bedeuten könnte. Also nicht, wie Merz vor der Wahl versprach, auch alle Migranten, die ein Asylverfahren in Deutschland verlangen, von der Bundespolizei zurückweisen zu lassen.

Ein weiterer zentraler Grund für den Einbruch bei der Union in der Umfrage dürfte das gebrochene Wahlversprechen sein, die Schuldenbremse auf Bundesebene nicht anzutasten. Kurz nach der Wahl schwenkte Merz plötzlich um – offiziell mit der Begründung, dass der Eklat zwischen dem US-Präsidenten Donald Trump, und dem ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski zu einem Umdenken geführt habe. Eine Recherche des Wochenmagazins «Stern» zeichnet jedoch nach, dass der Wortbruch bereits vor der Wahl von Merz und seinem Umfeld geplant wurde. Nach dem Kurswechsel in der Schuldenpolitik warfen drei Viertel aller Befragten des ZDF-«Politbarometers» Merz Wähler-täuschung vor.

CDU und SPD waren die Eckpfeiler der BRD-Politik bis knapp 1980 gewesen. Für eine kurze Turbulenz sorgten dann die Grünen, bis sie Mitte der 1990er-Jahre von einer systemverändernwollenden Partei zu einer systemerhaltenden wurden. Seit 2014 erodierte die SPD von einer Volkspartei zu einer Restpartei. Und die Zeit ab Anfang April 2025 bildete eine Phase, da es sich abzeichnete, dass auch der CDU ein solches Schicksal drohen könnte. Einen großen Anteil an der Entwicklung seit 2014 dürften die Neuen Medien haben, via denen sich eine deutliche Vielzahl von Menschen, anfangs belächelt, zu einer virtuellen außerparlamentarischen Opposition vernetzt haben – und sich parlamentarisch dann immer mehr der AfD als ihrer einzigen Parteienalternative zuwandten.



## Junge Union droht Merz mit Nein zur SPD-Koalition 6. April 2025

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Johannes Winkel, droht mit einem Nein zum Koalitionsvertrag. Winkel sagte in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“, „der Politikwechsel, für den die ganze Union, vor allem wir als Junge Union so sehr gekämpft haben und den die Menschen erwarten“, der müsse jetzt auch kommen. „Die CDU darf keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, ohne dass ein Politikwechsel kommt.“

Die Beschlüsse zum Sonderschuldenprogramm und der Lockerung der Schuldenbremse hätten nicht dem entsprochen, wofür die CDU im Wahlkampf eingetreten sei. Wenn die Union bei den anderen wichtigen Themen in den Koalitionsverhandlungen den Politikwechsel nicht schaffe, dann habe man ein Problem. „Um in einem Bild zu bleiben, dass Friedrich Merz 2021 verwendet hat: Dann ist die CDU insolvenzgefährdet.“

Winkel sagte: „Wir haben als Union in den vergangenen drei Jahren eine knallharte Opposition und einen knallharten Wahlkampf geführt.“ Angesichts der Probleme des Landes und dem Auftreten der Ampel sei das auch richtig gewesen. „Aber wenn man das so macht, dann muss auch klar sein, wie die Erwartungshaltung der Parteibasis und vor allem der Wähler ist: Es darf kein ‚Weiter So‘ geben.“ Das gelte „insbesondere bei den Themen, die den Wahlkampf geprägt haben: Migration, Wirtschaft, Bürokratieabbau“.

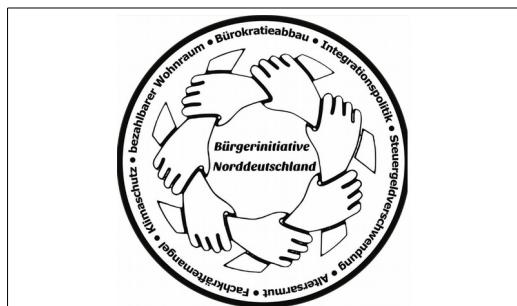
Auf die Frage, ob er gegen eine Koalition mit der SPD stimmen würde, wenn es hier keinen Politikwechsel gebe, antwortete der JU-Vorsitzende: „Alles andere entspräche ja dem Motto ‚Macht als Selbstzweck‘.“ Wenn die Union eine Koalition eingehe, „ohne dass der überfällige und versprochene Politikwechsel kommt, dann nimmt das Land massiven Schaden. Darum muss es doch gehen.“ Aber auch, wenn man es nur parteitaktisch sehen wolle: „Eine Regierung mit CDU-Kanzler, aber SPD-Inhalten wäre doch erst recht ein Konjunkturprogramm für die AfD“.

## **Gemeinsam für Deutschland und die Freien Kräfte MV MV**

### **Keine Abgrenzung nach rechts außen**

Hinter der Kundgebungsreihe *Gemeinsam für Deutschland* standen Dennis P.<sup>1</sup> und seine *Bürgerinitiative Norddeutschland*. Bei jener handelt es sich um eine im Jahr 2024 gegründete herkömmliche Patriotische Initiative mit vergleichsweise gemäßigter Ausrichtung, die in ihrer Facebookgruppe vorwiegend über Protestaktionen berichtet: Anfangs mit den Bauernprotesten (2024) als Zielgruppe, später erweitert in eine Richtung, die man post-pandemischen allgemeinen Bürgerprotest (Corona, Ukraine, Bauern, Asyl, Altersarmut, Gender, Klima, Wokeness) nennen könnte – Vergleiche (hier<sup>2</sup>) mit dem Netzwerkdossier 186: Die Transformation der Corona-Bewegung in einen post-pandemischen Bürgerprotest.

„Dennis“ ist sogenannter Gruppenexperte“ dieser Facebookgruppe. Das bedeutet, „er wurde von Admins dazu ausgewählt, beim Beantworten von Fragen zu helfen und sein Wissen mit der Gruppe zu teilen“.



Wir sind ein Netzwerk für Norddeutschland und verbinden aktive Gruppen und Orgateams aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Niedersachsen, welche sich den Mittelstandsprotesten zugeordnet haben. Wir selbst sind eine aktive Gruppe aus Lübeck S-H die zahlreiche Protestaktionen durchgeführt hat und noch durchführen wird.

Rund die Hälfte der Posts in dieser Gruppe stammen von der Facebookseite *Freie Kräfte MV MV*. Und die sind, wie der Name bereits nahelegt, keineswegs als gemäßigt anzusehen, wie eine kleine Auswahl aus aktuellen Beiträgen (die nicht mit der Facebookgruppe *Bürgerinitiative Norddeutschland* geteilt worden sind) dann bestätigt. Die seitens *Gemeinsam für Deutschland* gezogenen Abgrenzungen zur Rechten Szene wirken damit nicht glaubhaft.



**Neun Jahre Haft: Österreicherischer Rechtsextremist wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt**

Solidaritätserklärung an Manuel Eder



<sup>1</sup> Der Familienname ist im Internet leicht zu recherchieren. Er wird jedoch von „Dennis“ im Zusammenhang mit seiner Kundgebungsreihe auf Social Media nicht verwendet. So lange wird er auch in den Dossiers nicht verwendet werden.

<sup>2</sup> <https://ka-gegen-rechts.de/dossiers/>



Christian Klar: "Neonazi", "im Bundesvorstand der Partei "Die Heimat". (tagesschau.de)

Freie Sachsen: "Rechtsextreme" Bürgerbewegung und Partei. (tagesschau.de)

Peter Schreiber: Landes-Chef von "Die Heimat" Sachsen-

Sebastian Weigler: Bundes-Chef der JN

 Freie Kräfte MV MV hat eine Erinnerung geteilt.  
7. März 2025

 **Udo M. Voigt**  
7. März 2023

<https://www.juedische-allgemeine.de/.../haft-fuer.../>  
+++ Die BRD-Justiz verfolgt 87-jährigen Horst Mahler +++

"Im Prozess gegen den Rechtsextremisten und Holocaust-Leugner Horst Mahler am Landgericht Potsdam hat die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von vier Jahren und acht Monaten gefordert. Die Verteidigung habe in ihrem Plädoyer am Dienstag Freispruch für den 87-Jährigen beantragt, sagte ein Gerichtssprecher dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Potsdam."

  
Foto von Horst Mahler

 **Markus Walter** 😢 fühlt sich traurig.  
31. März 2022 · 📸

Ein ganz großer deutscher Kämpfer ist heute von uns gegangen. Ich bin sehr traurig über den Verlust unseres guten Kameraden. Gerade in der heutigen Zeit des Untergangs... [Mehr anzeigen](#)

  
Foto von Günter Deckert

 Freie Kräfte MV MV hat eine Erinnerung geteilt.  
31. März 2025

Unvergessen Hier

 Vor 3 Jahren  
[Deine Erinnerungen anzeigen](#)

 **Günter Deckert**  
Der nicht mit den Wölfen heulte  
1940 - 2022

 Freie Kräfte MV MV  
4. Oktober 2021 · 📸

Mach es gut Siggi

  
Foto von Siegfried Borchardt

Udo Voigt: NPD-Urgestein

Horst Mahler: Erst linker Anwalt, dann Linksterrorist, nach 10 Jahren Knast wieder Anwalt, dann Neonazi und Holocaustleugner

Markus Walter: NPD-Chef in RLP

Günter Deckert: NPD-Urgestein, Holocaustleugner

Und eine Zugabe aus dem Jahr 2021.

Siegfried „SS Siggi“ Borchardt (1953-2021) war seit den 1990er-Jahren eine zentrale Figur der rechtsextremen Szene in NRW

## **Gemeinsam für Deutschland**

### Die Arbeit an einer neuen Definition von Rechtsextremismus

Beim Ersten Aktionstag von *Gemeinsam für Deutschland* am 23. März 2025 war „Alex“ als Organisator für Düsseldorf aufgetreten. Für den Zweiten Aktionstag am 26. April in Dortmund gibt er sich im Vorfeld auf Social Media verantwortlich als Leiter eines „Orga-Teams NRW“.

Die Mobilisierung jenes Orga-Teams für den 26. April 2025 kann als ein weiteres Beispiel dafür gelten, inwiefern die Bewegung *Gemeinsam für Deutschland* an einer neuen Definition von Rechtsextremismus arbeitet:



Der Slogan 'Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen' ist seit *Pegida* im Repertoire der patriotischen Demos aller Geschmacksrichtungen verankert. In einem Ende März bei *TikTok* veröffentlichten Video verteidigt „Alex“ diesen Slogan.

„Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ ... wisst ihr, was ich damit verbinde? Nationalitätsstolz der Deutschen, Zusammenhalt. Darum geht's. Jeder, der die deutsche Religion, die deutsche Bevölkerung, die deutschen Gesetze akzeptiert und respektiert, ist doch hier herzlich willkommen. Kommt mit uns auf die Straßen, denn ihr habt auch Angst um eure Kinder, wenn ihr ehrlich seid. Es gibt so viele, die Deutschland als ihre neue Heimat ansehen, und ich bin bis heute dankbar, dass ich mit meinen Eltern

nach Deutschland kommen durfte. Wir haben noch gelernt, was Anstand und Respekt heißt. Und wer Deutschland nicht liebt, sollte Deutschland verlassen. Ja, so ist es Freunde, da brauchen wir gar nicht darüber zu diskutieren. Wenn du Deutschland nicht liebst und nur auf die deutsche Bevölkerung scheißt und nicht dich an die Gesetze halten willst, dann pack' deine Koffer und geh' wieder dahin, wo du hergekommen bist. (...) Und die Nazi-Keule ziehen wir uns nicht mehr an. Mit der Nazizeit haben wir hier nichts zu tun. Das war damals Adolf Hitler, und in der Zeit haben wir alle nicht gelebt. Also werden endlich wach, was die Politik mit euch da draußen macht. Wir kämpfen für unsere Meinungsfreiheit. Das solltest du auch tun, wenn du aus diesem Land selber kommst – aber auch dann, wenn du dieses als deine neue Heimat ansiehst.

Analog zum NRW-Orgachef „Alex“ und dessen Auffassungen zum Nazitum argumentierte Bundes-Orgachef „Dennis“ Anfang April 2025 in seinem *TikTok*-Kanal. Auch hier wird die These transportiert: Nur wer direkten positiven Bezug zum Dritten Reich hege, könne als rechtsradikal gelten.



“Andreas” hatte das für die 2. Demorunde gewählte Datum beanstandet.

Andreas, ich habe keine Ahnung, ob du aus der rechtsradikalen Szene kommst. Ich und alle andere Orgas hatten keine Ahnung, dass ein Heß am 26.4. Geburtstag hat. Weißt du, wie sehr uns das interessiert? Null. Ich weiß nicht mal das Geburtsdatum von A.H. Was interessiert mich ein Heß oder ein sonstwer, der vor 80Jahren in diesem Land Unheil verrichtet hat. Ich bin nicht aus jener Szene und unsere Admins und Orgas auch nicht. Wir kommen nicht aus der rechtsradikalen Szene.

## **Gemeinsam für Deutschland**

### **und die Definition eines neuen politischen Spektrums**

#### PRESSEBERICHT

„Gemeinsam für Deutschland“ (GfD) ist aus einer einfachen Idee heraus entstanden – und aus der Kraft der sozialen Medien. Alles begann mit einem TikTok-Video, in dem gefragt wurde, was die Menschen von bundesweiten Demonstrationen halten.

Trotz begrenzter Reichweite erreichte das Video innerhalb kurzer Zeit 20.000 Likes – ein deutliches Zeichen für das große Interesse an der Bewegung. Schon am nächsten Tag folgte ein weiteres Video, in dem bundesweit Unterstützer gesucht wurden, um die Idee umzusetzen.

Der Start war beeindruckend: In 14 Bundesländern fanden 15 Demonstrationen statt. Doch die Bewegung wächst stetig weiter. Mittlerweile ist die Nachfrage so groß, dass in allen 16 Bundesländern insgesamt 22 Demonstrationen organisiert wurden – ein starkes Zeichen für den wachsenden Zuspruch.

Durch unsere Demos konnten wir erstmals seit langer Zeit tausende Menschen auf die Straße bringen – und das in jedem Bundesland gleichzeitig, in so kurzer Zeit.

juliaherr.gfd.pressesprecherin@███████████

In einem „Pressebericht“ vom März 2025 wird betont, die „Bewegung“ *Gemeinsam für Deutschland* sei mehr oder weniger zufällig entstanden, als ein Impuls, der einen/den Zeitgeist getroffen hat, sich via Social Media quasi verselbstständigte.

Quelle: grossdemo-deutschland.de

Dieser Zeitgeist ist – grob gesagt – der Versuch, zwischen AfD und NPD eine von Grundgesetz und gesellschaftlichen Werten gedeckte neue politische Zone zu definieren: Der rechte Rand dieser Zone bilde dann die neue Grenze zwischen 'rechtsextrem' und eben nicht, wobei damit insbesondere die AfD im demokratischen Spektrum zu verorten wäre.

In der auf Seite 1 dieses Dossiers zitierten Pressemeldung von *Gemeinsam für Deutschland* zur Vorbereitung des Zweiten Aktionstages wird betont: „Wir arbeiten aktiv daran, extreme Strömungen auszuschließen“. Die AfD ist damit nicht gemeint, jene wird vielmehr als Heilsbringerin gefeiert. Die *Freien Kräfte MV* mit deren Huldigungen an zahlreiche, den NS-Staat verherrlichende Neonazigrößen sind damit auch nicht gemeint – ebensowenig wie der seit einem Jahrzehnt in der rechtsextremen Szene verwurzelte, stark vorbelastete Slogan „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ .... offenbar möchte man die Kategorie „extreme Strömungen“ auf ein paar verwirrte Hitlergrußzeigende reduzieren.

Die Bewegung *Gemeinsam für Deutschland* ist damit das Spiegelbild einer umfassenden gesellschaftlichen Entwicklung, in welcher der Begriff „Rechtsextremismus“ neu definiert wird. Dieser Prozess ist eingebettet in ein gesamteuropäisches Voranschreiten des Rechtspopulismus und den Versuchen, der politischen Mitte, ihn aufzuhalten, indem man seine Themen aufgreift.

Rückt dann die Mitte nach rechts oder rückt das Rechte in die Mitte? Diese Frage bildet das Spannungsfeld, um das es bei *Gemeinsam für Deutschland* geht.